

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • Nr. 1 • 71. Jg, MÄRZ 2020

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz



Die Krise zeigt: „Wir brauchen eine Investitions- offensive“

Wirtschaft:

Ein Ende der Schuldenbremse für Klima- und Generationengerechtigkeit

Seite 4

Pflege:

Nachhaltige Pflegeinvestitionen für ein Altern in Würde

Seite 8

Mobilität:

Öffentlicher Verkehr als Beitrag zum Klimaschutz und als Joblokomotive

Seite 9

PRIMA KLIMA. PRIMA ZINSEN.

Öko-Wohnbaukredit.
Energieeffizient bauen zu günstigen Zinsen.

HYPO
OBERÖSTERREICH

  www.hypo.at vertrieb@hypo-ooe.at Tel. 0732 / 76 39-54452

Wir schaffen mehr Wert.



DIE FILMREIFE KULISSE IN LINZ

Eben noch direkt auf der pulsierenden Landstraße und keine zehn Schritte weiter in einer echten Großstadtoase: Das Central besticht trotz der verkehrsgünstigen Lage durch sein ruhiges und entspanntes Flair.

www.centrallinz.at

office@centrallinz.at | +43 5 7726 1199 | Landstraße 36

Folge uns auf Facebook & Instagram!  

© Reinhard Winkler

Was wir unseren Kindern hinterlassen

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Wenn die öffentlichen Haushalte Schulden machen, dann muss die nächste Generation unsere verprassten Milliarden zurückzahlen. Ein Nulldefizit ist daher die beste Hinterlassenschaft für unsere Kinder. Soweit ein Standardargument von konservativer und wirtschaftsliberaler Seite. Zumindest aus zwei Richtungen lassen sich Gegenargumente hierfür darstellen. Erstens: Kinder, die heute in einer Spargesellschaft aufwachsen, werden unter schwierigen Bedingungen Erwachsene. Wenn bei der Pflege älterer Menschen gespart wird, dann hilft das nicht den nachkommenden Generationen. Und wenn Eltern von Kindern keinen Job finden, weil die öffentliche Hand spart, dann hilft das nicht den Kindern. Zweitens stimmt das Sparargument auch nicht, wenn wir annehmen, dass die heutigen Kinder in ein paar Jahrzehnten unsere Staatsschulden „erben“. Denn

„Wir brauchen für die Zukunft starke Investitionen durch den Staat.“

ohne öffentliche Investitionen erben sie stattdessen eine kaputtgesparte Infrastruktur. Öffentliche Verkehrsmittel, Schulgebäude, Universitäten etc. sind dann sanierungsbedürftig. Der heutigen jungen Generation kann man mit ausgeglichenen Haushalten somit ein ordentliches Problem vererben.

Die meisten Beiträge des Bildungskuriers widmen sich dem Thema der öffentlichen Investitionen und wurden **VOR der momentan alle und alles dominierenden Corona-Krise verfasst**. Vielleicht bleibt aktuell mehr Zeit in diesem Heft zu schmökern! Die Wichtigkeit öffentlicher Infrastruktur, offensiver staatlicher Wirtschaftspolitik und eines ausgebauten Sozialstaates zeigt sich besonders deutlich jetzt während dieser Pandemie.

Ich wünsche auch an dieser Stelle allen Lesern und Leserinnen gute Gesundheit!

- 4 **Wirtschaft:** Warum es für Klima- und Generationengerechtigkeit ein Ende der Schuldenbremse braucht, analysiert Bettina Csoka.
- 6 **Kinderbetreuung:** Dass von betrieblicher Kinderbetreuung nicht nur Eltern, sondern auch die Unternehmen selbst profitieren, zeigt Doris Margreiter.
- 7 **Bildung:** Die bildungspolitische Realität hinter den Lippenbekenntnissen der oberösterreichischen Landesregierung deckt Franz Turek auf.
- 8 **Pflege:** Überlegungen zur Pflege über das Kostenargument hinaus stellt Heidemarie Staflinger an.
- 9 **Mobilität:** Warum Österreich mehr Öffentlichen Verkehr braucht, erklärt Christian Gratzer.
- 10 **Interview:** Ökonom Marcel Fratzscher im Gespräch darüber, wie man mit kluger Investitionspolitik unsere Gesellschaft und Wirtschaft zukunftsfähig machen kann.
- 12 **Arbeitswelt:** Wozu wir Arbeit brauchen und wie die Zukunft der Arbeit aussehen kann, weiß Georg Hubmann.
- 13 **Zusammenleben:** Es gibt auch ein Leben nach der Krise. Bernd Dobsberger wagt einen Blick darauf.

Inhalt



6



10



12



13



PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
www.pefc.at

gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werbing GmbH, UW-Nr. 844



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Bernd Dobsberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kempfner, Manuel Kreuzer, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbing Ges.m.b.H.

Nr. 01/20, März, SPÖ OÖ-Info-Nr. 1/2020, GZ 02Z032837 M,
P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Vorfahrtsregel für öffentliche Zukunftsinvestitionen

Eine „Schuldenbremse“ verhindert Klima- und Generationengerechtigkeit. Es braucht daher eine radikale Umkehr im Denken und Handeln.

BETTINA CSOKA

Der besonders von konservativen Regierungen, wie in Deutschland und Österreich, propagierte Kurs von Schuldenabbau bzw. „Schuldenbremse“ schränkt – gerade gegenüber künftigen Generationen – den budgetären Handlungsspielraum der öffentlichen Hand in unverantwortlicher Weise ein. Solche Budgetkorsette sind kurzfristig und langfristig ökonomisch schädlich: In konjunkturellen Schwächephasen (wie derzeit) wirken sie unmittelbar „prozyklisch“, also den Konjunkturzyklus verschärfend, da sich – bei ohnedies herrschendem privaten Nachfragemangel – der Staat als öffentlicher Nachfrager zurückhält. Und langfristig führt das Ausbleiben investiver Ausgaben zu einer Wohlstandsminderung, da eigentlich notwendige Investitionen in den öffentlichen und – davon angeregt in weiterer Folge auch – privaten Kapitalstock ausbleiben. Dadurch wird die wohlstandssteigernde Produktivitätsentwicklung gehemmt. Zu diesem zukunftsfeindlichen Kurs braucht es eine radikale Umkehr.

Deutschlands schwarze Budget-null hat verheerende Folgen

Deutschlands Entwicklung gilt als abschreckendes Negativbeispiel: Durch fehlende Infrastrukturinvestitionen verfällt das Straßennetz und funktioniert das Internet schlecht. Daher fordert inzwischen der deutsche Gewerkschaftsverband gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) eine konzertierte Investitionsoffensive. Das Ergebnis ihrer gemeinsamen, im November 2019 veröffentlichten Studie zeigt das hohe Wachstumspotential einer offensiven Budgetpolitik: Demnach steigert eine heutige Erhöhung des staat-

lichen Infrastrukturbestandes um zehn Milliarden Euro das künftige Bruttoinlandsprodukt (BIP) dauerhaft um rund 2,5 Milliarden Euro im Jahr. Gemeinwohlorientierung ist also auch profitkompatibel, denn, wie BDI-Chef Dieter Kempf erklärt, fehlen „heute schon öffentliche Investitionen in Höhe von einem halben Prozentpunkt der Wirtschaftsleistung“, die aber „Voraussetzung für höhere und effiziente private Investitionen“ seien. Laut Studie summieren sich die Erfordernisse in Bildung, Verkehr, Kommunikationsnetzen und Dekarbonisierung (= Ausstieg aus dem fossilen Produktionszeitalter) auf zusätzliche rund 450 Milliarden Euro an öffentlichen Investitionen über die kommenden zehn Jahre, also rund 45 Milliarden Euro pro Jahr. Die Forderung: Es braucht eine „goldene Regel der Finanzpolitik“, die sicherstellt, dass gegenwärtige Generationen – wegen ausbleibender Investitionen – weder benachteiligt werden, noch künftigen Generationen Handlungsspielräume verwehrt werden.

EZB und EU-Kommission: Ökonomischer Sachverstand

Hoffnung macht der ökonomische Sachverstand der neuen Chefin der Europäischen Zentralbank (EZB), Christine Lagarde, die unter anderem Deutschland Ende Oktober 2019 dafür rügt, vorhandene

DIE AUTORIN:

Bettina Csoka ist Ökonomin und Abteilungsleiterin in der Arbeiterkammer Oberösterreich.



Budgetüberschüsse nicht zu nutzen, um in die Infrastruktur oder Bildung zu investieren. Das helfe auch als Mittel gegen die Konjunkturschwäche. Im November 2019 legt sie nach und fordert eine Stärkung der Binnennachfrage im Euroraum. Geldpolitische Maßnahmen, die die EZB selber gestalten kann, also Zinshöhe und Verhalten beim Kauf von Anleihen, erfordern auch eine Unterstützung durch die Budgetpolitik der einzelnen Staaten. „Investitionen sind ein besonders wichtiger Teil der Antwort auf die Herausforderungen von heute, da sie sowohl die Nachfrage von heute als auch das Angebot von morgen sind“, führt Lagarde den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang aus. Auch das von Seiten der EU-Kommission entwickelte Arbeitsprogramm „Green Deal“ diagnostiziert einen massiven Investitionsbedarf: Die Kommission schätzt, dass zur Erreichung der proklamierten Klima- und Energieziele bis 2030 zusätzliche private und öffentliche Investitionen von 260 Milliarden Euro (etwa 1,5 Prozent des EU-BIP) pro Jahr erforderlich sind. Das überschreitet das summierte Budgetdefizit aller EU-Staaten 2018, welches gerade einmal 114 Milliarden Euro ausmachte.



Es braucht eine Vorfahrtsregel für öffentliche Zukunftsinvestitionen.

Finanzminister Blümel Einmaleins

Dagegen wirkt das fiskalpolitische Verständnis des neuen österreichischen Finanzministers Gernot Blümel (ÖVP) eher eingeschränkt, wenn er sich für sein Amt für geeignet hält, weil er sein eigenes Konto nie hat überziehen müssen. Dieser Politik-Zugang kennzeichnet leider auch das gesamte – angeblich „aus Verantwortung für Österreich“ zwischen ÖVP und Grün paktierte – Regierungsprogramm vom Jänner 2019: keine neuen Schulden, garniert mit einer Senkung der Steuer- und Abgabenquote. Das entspricht einer Weiterführung des türkisblauen Kurses der Vorgängerregierung.

In einer Quadratur des fiskalischen Kreises sollen aber sehr wohl „notwendige Investitionen“, etwa in den Klimaschutz, möglich sein. Durchaus positiv ist in diesem Zusammenhang das Regierungsvorhaben von je einer Nahverkehrsmilliarde in den urbanen Ballungsraum sowie in die ländlichen Regionen. Wie die Finanzierung dieser und weiterer im Programm genannten Maßnahmen gehen soll? Darauf antwortet

Kanzler Kurz: durch sparsamen Umgang mit den Staatsfinanzen. Gerade Sparen aber verhindert eine starke wirtschaftliche Zukunft und einen hohen Wohlstand künftiger Generationen.

„Sparen verhindert eine starke wirtschaftliche Zukunft und einen hohen Wohlstand künftiger Generationen.“

Österreichs Kanzler Kurz ist ein Staatsbudget-Hardliner, der den öffentlichen Handlungsspielraum einengen will. Noch vor der Nationalratswahl im September 2019 beschloss die türkisblaue Mehrheit mit Zustimmung der marktradikalen Neos im Parlament eine Verfestigung der als einfaches Gesetz geltenden „Schuldenbremse“ im Verfassungsrang. Der parlamentarische Zweidrittel-Mehrheitsbeschluss scheiterte aber dann zum Glück im Bundesrat. Denn durch eine Verfassungsbestimmung wäre jede Regierung auch in Zu-

kunft dem schädlichen Spar- und Kürzungsdiktat unterworfen gewesen.

Sozial-Ökologische Vorfahrtsregel

Eine starre „Schuldenbremse“ birgt die Gefahr einer ökonomischen Vollbremsung samt sozial harter Bruchlandung mit langfristigen Negativfolgen. Statt unvernünftiger Budgetkorsette braucht es in Österreich eine Modernisierung der Infrastruktur im öffentlichen

„Statt unvernünftiger Budgetkorsette braucht es in Österreich eine Modernisierung der Infrastruktur.“

Verkehr oder bei der Gebäudesanierung sowie insbesondere einen Ausbau in der stationären Pflege. Eine goldene Investitionsregel, die mittelfristig die Kreditfinanzierung öffentlicher Netto-Investitionen ermöglicht, bietet bedarfsgerecht einer sozial-ökologischen Zukunft die Vorfahrt.

SPARKASSE 
Oberösterreich

#glaubandich

www.sparkasse-ooe.at



Betriebskindergärten – ein Zukunftsmodell?

Immer mehr Unternehmen entscheiden sich dafür, betriebliche Kinderbetreuung anzubieten. Davon profitieren nicht nur die Eltern, sondern auch die Betriebe selbst.

DORIS MARGREITER

Das eigene Kind gut betreut zu wissen, ist für Eltern eine wichtige Grundvoraussetzung, um wieder erfolgreich ins Berufsleben einzusteigen. Für viele Familien wird das aber zu einer großen Herausforderung: fehlendes Angebot, nicht bedarfsgerechte Öffnungszeiten, überfüllte Gruppen, lange Wegstrecken, etc. Fehlt den Eltern das Angebot einer Kinderbetreuung, bekommen das auch die Betriebe zu spüren: Die Karenzzeiten verlängern sich und ein Wiedereinstieg ist – wenn überhaupt – nur mit geringen Wochenstunden möglich. Betriebliche Kinderbetreuung kann dem entgegenwirken und dem Arbeitgeber hohe Rekrutierungskosten ersparen.

Betriebliche Kinderbetreuung als Wettbewerbsvorteil

Ein weiterer Vorteil für die Betriebe ist es, sich – gerade auch in Zeiten des Fachkräftemangels – durch betriebliche Kinderbetreuung am Arbeitsmarkt abzuheben und als attraktiver Arbeitgeber zu präsentieren. Eine Studie des

Forschungszentrums Familienbewusste Personalpolitik (FFP) aus dem Jahr 2019 zeigt, dass familienfreundliche Betriebe um zehn Prozent mehr Bewerbungen auf ausgeschriebene Stellen erhalten und die Loyalität der Beschäftigten um 8,5 Prozent höher ist. Für die MitarbeiterInnen bedeutet betriebliche Kinderbetreuung also nicht nur kürzere Bring- und Abholzeiten, sondern sie gehen auch motivierter und zufriedener in die Arbeit.

Musterbeispiel Kinderfreunde Oberösterreich

Ein Beispiel für gelungene betriebliche Kinderbetreuung ist der im September 2019 eröffnete Erlebniskindergarten der Familienzentren GmbH der Kinderfreunde Oberösterreich in der Plus City. Das Besondere an dieser Einrichtung ist, dass sie sich an den Lebens- und Arbeitssituationen der Familien orientiert. So sind beispielsweise die Öffnungszeiten an die Arbeitszeiten im Handel gekoppelt. Genau diese flexible Kinderbetreuung wird in Zukunft

DIE AUTORIN:

Doris Margreiter

ist Geschäftsführerin der Kinderfreunde Oberösterreich, Unternehmerin sowie Mitglied des Landespräsidiums des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes Oberösterreich (SWV OÖ).



wegweisend voran. Mit dem Angebot „Ferien im Betrieb“ richten sie sich an Unternehmen und bieten in den Sommermonaten Kinderbetreuung für die Kinder der MitarbeiterInnen direkt im Betrieb an.

Die Kehrseite der Medaille

Trotz der genannten positiven Aspekte darf an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass betriebliche Kinderbetreuung nicht zum Ersatz für ausreichend öffentlich finanzierte Kinderbetreuungseinrichtungen werden darf, sondern allenfalls eine Ergänzung

Immer mehr Unternehmen bieten betriebliche Kinderbetreuung an. Davon profitieren nicht nur die Eltern, sondern auch die Betriebe selbst.

„Flexible Kinderbetreuung wird in Zukunft immer wichtiger werden.“



immer wichtiger werden, denn in unserer modernen Gesellschaft dünne familiäre und soziale Netzwerke immer stärker aus, während gleichzeitig ein hohes Maß an Flexibilität von ArbeitnehmerInnen erwartet wird.

Das gilt auch und insbesondere für die Betreuung der Kinder in den Ferien. Die Diskrepanz zwischen dem Urlaubsanspruch der Eltern und der Ferienzeit der Kinder ist enorm: fünf gegenüber 14 Wochen im Jahr. Auch hier gehen die Kinderfreunde Oberösterreich

„Betriebliche Kinderbetreuung darf nicht zum Ersatz für ausreichend öffentlich finanzierte Kinderbetreuungseinrichtungen werden.“

darstellen kann. In Oberösterreich steigt der Bedarf an betrieblicher Kinderbetreuung etwa auch deshalb, weil die Landesverwaltung beim Ausbau der Kinderbetreuung den Sparstift angesetzt hat und die Gemeinden finanziell ausgehungert werden. Dagegen gilt es entschieden aufzutreten.

Bildungsinvestitionen statt Sonntagsredenn

Die regierende Landeskoalition aus ÖVP und FPÖ wird nicht müde, die Metapher von der Bildung als wichtigste Zukunftsinvestition zu bemühen. Ein kritischer Blick hinter die Kulissen offenbart anderes.

FRANZ TUREK

Kaum eine Festrede kommt ohne den Hinweis auf die angeblichen oder tatsächlichen Anstrengungen der Landespolitik in Sachen Bildungsinvestitionen aus. Die folgenden vier Beispiele zeigen, dass die Realität anders aussieht.

1. Mittelkürzung für Schulsanierungen

Der moderne Schulbau ist inzwischen als „dritter Pädagoge“ unumstritten und trägt viel zum Lernerfolg von SchülerInnen bei. Gelungene Beispiele sind durchaus zu vermelden und werden auch gerne prominent eröffnet. Wie sich die Mittelkürzung für Schulsanierungen in der Höhe von fünf Millionen Euro im Landesbudget 2020 positiv aus-

„Die Gemeinden mit den Aufgaben zur Schulsanierung alleine zu lassen, ist verantwortungslos.“

wirken soll, bleibt daher ein Geheimnis. Die Gemeinden mit den Aufgaben zur Schulsanierung zunehmend alleine zu lassen, ist verantwortungslos und fördert wegen der unterschiedlichen

Finanzkraft der Gemeinden weitere Ungleichheit beim Schulbesuch.

2. Fehlende Ressourcen für Unterrichtsfächer

Mit viel pädagogischem Einsatz und hohem organisatorischen Aufwand haben PädagogInnen das neue Fach „Digitale Grundbildung“ umfassend eingeführt, um die kommenden Generationen mit den notwendigen Kompetenzen für eine digitalisierte Welt auszustatten. Leider müssen dafür andere Fächer entsprechend gekürzt werden. Die Forderung an die oberösterreichische Landespolitik, für die notwendigen zusätzlichen Ressourcen zu sorgen, blieb bis heute unerfüllt. Auf der Strecke bleiben einmal mehr SchülerInnen und LehrerInnen.

3. Keine ausreichende Finanzierung der Ganztagschule

Die österreichische Schule hat von der Bundesverfassung den klaren Auftrag zur Herstellung der Chancengleichheit für SchülerInnen. Um diesem Auftrag besser gerecht werden zu können, wurde das Modell der Ganztagschule an vielen Schulen eingeführt. Die Förderung von Land und Bund für die Gemeinden deckt aber die Kosten nicht ab. Daher sind Elternbeiträge für Freizeitbereich und Essen in der Höhe von bis zu 170 Euro pro Monat an der Tagesordnung. Viele Kinder können aus finanziellen

Für die „Schule der Zukunft“, die Chancengleichheit in allen Bereichen Wirklichkeit werden lässt, braucht es mehr als Ankündigungen und Lippenbekenntnisse.

DER AUTOR:

Franz Turek

ist Vorsitzender des Sozialdemokratischen LehrerInnenvereins Oberösterreich (SLÖ) und Schulqualitätsmanager der Bildungsdirektion Oberösterreich.



Gründen nicht an der Ganztagschule teilnehmen. Eine kostenfreie Ganztagschule ist daher das Gebot der Stunde.

„Eine kostenfreie Ganztagschule ist das Gebot der Stunde.“

4. Kürzungen bei Sprachförderung und Chancenindex

Dass sich Investitionen in die Bildung langfristig lohnen, zeigen die positiven Entwicklungen bei diversen nationalen und internationalen Bildungsuntersuchungen. Die Bildungsstandards der letzten Jahre zeigen eine positive Entwicklung. Unter SPÖ-Bildungsministerinnen wurde die Zahl der KlassenschülerInnen gesenkt, das Teamteaching eingeführt, die Sprachförderung erhöht und der Chancenindex für benachteiligte Schulstandorte eingeführt. Die türkis-blaue Koalition hat umgehend die Sprachförderung und den Chancenindex gekürzt. Für Oberösterreich bedeutet das im Pflichtschulbereich rund 200 LehrerInnen weniger als in den Vorjahren.

All diese Beispiele zeigen: Wer – nicht nur in Oberösterreich – eine „Schule der Zukunft“ will, muss sich an allen Tagen der Woche seiner Verantwortung stellen und für die notwendigen Mittel sorgen.



Pflege-Investitionen: ein Gewinn für alle

Angesichts einer immer älter werdenden Bevölkerung lesen wir täglich aktuelle Zahlen und Prognosen zur Finanzierung der Pflege. Was ist dran an den Aussagen?

HEIDEMARIE STAFLINGER

In Oberösterreich gibt es derzeit rund 86.000 Pflegebedürftige. Bis zum Jahr 2040 wird sich diese Zahl auf über 125.000 erhöhen (plus 45 Prozent). Nicht erst durch die angekündigte Pflegereform rückt die (Langzeit)Pflege immer mehr in den gesellschaftlichen und medialen Fokus. Häufig wird dabei die Finanzierung als Hauptfaktor beschrieben. Manche sprechen sogar von einem Finanzierungssupergau. Ist Pflege tatsächlich nur ein Kostenfaktor?

Das Geld fließt zurück

Pflege kostet. Pflege schafft aber auch Arbeitsplätze und bringt Investitionen in die Zukunft. Alleine in der Langzeitpflege

„Pflege kostet. Pflege schafft aber auch Arbeitsplätze und bringt Investitionen in die Zukunft.“

(Altenheime und Mobile Dienste) sind bis zum Jahr 2025 1.600 Vollzeitstellen in Oberösterreich neu zu besetzen – Arbeitsplätze, die direkt in Oberösterreich geschaffen werden. Pflegeausgaben fließen laut einer aktuellen WIFO-Studie zu 70 Prozent über Steuern und Sozialversicherung wieder in



den Staat zurück. Der Einsatz von Mitteln für Prävention und eine professionelle Pflege tragen zudem dazu bei, dass Krankenhäuser und vor allem ihre Beschäftigten entlastet werden. Jeder Euro, der in

„Jeder Euro, der in die Pflege investiert wird, bringt einen Gesamtnutzen von circa drei Euro.“

die Pflege investiert wird, bringt einen Gesamtnutzen von circa drei Euro. Pflege ist also nicht ausschließlich ein Kostentreiber!

Im internationalen Vergleich hat Österreich noch Aufholbedarf: Während die öffentlichen Ausgaben für die Pflege und Betreuung (Sach- und Geldleistungen) in Österreich bei 1,6 Prozent des BIP liegen, geben andere Länder mehr öffentliche Mittel aus, so etwa die Niederlande 3,5 Prozent, Schweden 3,2 Prozent und Dänemark 2,5 Prozent. Werden diese Länder häufig in der Langzeitpflege und in der Gesundheitsversorgung generell als Vorzeigeland gesehen, so könnte auch unter diesem Aspekt Anleihen genommen werden.

Verknappung der Mittel – eine Gefahr für alle

Dagegen gehen vor dem Hintergrund des Kostenarguments angestellte Überlegungen, ob es in vielen Bereichen überhaupt eine professionelle Pflege und Betreuung braucht, zulasten der NutzerInnen und der Beschäftigten. Internationale Studien zeigen auf, dass mit jeder eingesparten oder schlechter ausgebildeten Pflegekraft das Risiko für die Nut-

Ein menschenwürdiges Leben bis zuletzt – dazu braucht es professionelle Pflege und Betreuung.

DIE AUTORIN:

Heidemarie Staflinger

ist Referentin der Abteilung Arbeitsbedingungen der Arbeiterkammer Oberösterreich. Ihr Schwerpunkt sind Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Sozialen Dienstleistungsbereich. Seit fast 20 Jahren verfasst sie Arbeiten zum Thema Arbeitswelt Pflege. Sie ist außerdem ausgebildete Heimleiterin.



zerInnen steigt, einen gesundheitlichen Schaden zu erleiden. Eine dauernde Überlastung der Beschäftigten führt zu physischen und psychischen Erkrankungen. Nur knapp ein Drittel der Pflegekräfte in der Langzeitpflege kann sich derzeit vorstellen, diesen Beruf bis zur Pension auszuüben. Nicht so arbeiten zu können, wie es dem Berufsethos entspricht, macht für viele den Beruf unattraktiv. Auch die häufig in die Diskussion gebrachte Digitalisierung wird nur bedingt helfen. Sie kann unterstützen, ersetzt aber auf Dauer nicht die Beziehungskomponente der Pflege. Pflege ist und bleibt menschlich.

„Pflege ist und bleibt menschlich.“

Egal in welchem Arbeitsfeld: Pflegeprofis tragen durch ihre Kompetenz dazu bei, ein menschenwürdiges Leben bis zuletzt zu ermöglichen. Auch, wenn derzeit manche politischen Akteurinnen und Akteure teils ein anderes Bild zu vermitteln versuchen: Ohne bzw. mit zu wenig professioneller Pflege und Betreuung wird ein menschenwürdiges Altern in Österreich nicht gelingen.

Joblokomotive Öffentlicher Verkehr

Österreich kann seine Klimaziele nur erreichen, wenn mehr Verkehr auf Schiene gebracht wird. Investitionen in den Öffentlichen Verkehr nutzen der Umwelt und schaffen viele Arbeitsplätze.

CHRISTIAN GRATZER

Österreichs Autobahnen- und Schnellstraßennetz ist seit dem Jahr 2000 um über 300 Kilometer länger geworden, und deutlich breiter: Die Abschnitte mit drei oder mehr Spuren haben sich in diesem Zeitraum vervierfacht. Das Netz an Landesstraßen ist um über 500 Kilometer gewachsen, wie eine VCÖ-Publikation zeigt. Und das Schienennetz? Das ist heute um über 600 Kilometer kleiner, weil viele Regionalstrecken stillgelegt wurden. Das Ergebnis: PKW- und LKW-Verkehr haben in den vergangenen Jahren massiv zugenommen.

„Jede fünfte Stadt in Österreich hat keinen Bahnanschluss mehr.“

Und: Die Zahl der Städte, die nicht mit der Bahn erreichbar sind, ist gestiegen. Mittlerweile hat jede fünfte Stadt in Österreich keinen Bahnanschluss mehr. In Oberösterreich sind vier der 32 Städte nicht ans Bahnnetz angebunden. Dass es bei der Versorgung mit Öffentlichem Verkehr in vielen Regionen große Mängel gibt, zeigt auch die Erreichbarkeitsanalyse der Österreichischen Raumordnungskonferenz. In Oberösterreich weist der Bezirk Rohrbach die schlechtesten Erreichbarkeitswerte auf.

Österreich braucht mehr Öffentlichen Verkehr

Eine Investitionsoffensive für den Öffentlichen Verkehr hat viele Vorteile. Wer 1.000 Kilometer mit der Bahn statt mit dem Auto fährt, verursacht im Schnitt um 93 Prozent weniger CO₂ und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Steigen mehr Menschen vom Auto auf die S-Bahn um, werden weniger giftige Abgase in die Luft

geblasen und es gibt weniger Staus auf den Straßen. Gerade der Ballungsraum Linz leidet unter täglichen Staus und einer hohen Belastung durch die Abgase des Verkehrs.

Ein gutes öffentliches Verkehrsangebot macht für die Bevölkerung Mobilität deutlich billiger, erhöht ihre Freiheit

„Ein gutes öffentliches Verkehrsangebot macht für die Bevölkerung Mobilität deutlich billiger.“

in der Verkehrsmittelwahl und reduziert die Abhängigkeit vom Auto. Wer mit Bahn oder Bus zur Arbeit pendeln kann, erspart sich je nach Länge der Strecke bis zu mehreren tausend Euro pro Jahr. Zudem ist das Unfallrisiko mit dem Auto um ein Vielfaches höher als mit dem Öffentlichen Verkehr. Mehr Bahn- und Busverbindungen sind daher auch ein wichtiger Beitrag für mehr Verkehrssicherheit.

Last but not least schaffen Investitionen in den Öffentlichen Verkehr deutlich mehr Arbeitsplätze als Investitionen in den Ausbau der Straßen. Eine Milliarde Euro in die Schieneninfrastruktur investiert schafft um rund 60 Prozent mehr Arbeitsplätze als das gleiche Geld für den Bau von Autobahnen.

Seit Jahren geben die jeweiligen Bundesregierungen ein Be-

DER AUTOR:

Christian Gratzner ist Sprecher der Mobilitätsorganisation VCÖ – Mobilität mit Zukunft.



„Investitionen in den Öffentlichen Verkehr schaffen deutlich mehr Arbeitsplätze als Investitionen in den Ausbau der Straßen.“

kenntnis zum Erreichen der Klimaziele ab. Nun ist es höchste Zeit, dass den Worten auch entsprechende Taten folgen. Die Infrastrukturpolitik ist endlich in Einklang mit den Klimazielen zu bringen. Konkret heißt das: Absoluter Vorrang des Ausbaus der Schiene, auch in Oberösterreich – sowohl in den Regionen als auch in der Landeshauptstadt Linz.



„Wir brauchen eine Investitionsoffensive“

Was braucht es, um Österreichs Gesellschaft und Wirtschaft zukunftsfähig zu machen? Dazu hat der Bildungskurier den deutschen Ökonomen Marcel Fratzscher interviewt.

Bildungskurier: Die ersten beiden Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts waren geprägt von Krisen, beispielsweise die Klima- oder die Wirtschaftskrise, um nur zwei zu nennen. Wie sehen sie die gerade begonnenen 2020er-Jahre?

Fratzscher: Grundsätzlich gilt: Wir können positiv in die Zukunft blicken. Das Glas ist halbvoll und nicht halbleer.

Bildungskurier: Wir können also in eine risikofreie Zukunft blicken?

Fratzscher: Wir haben mit Österreich und Deutschland Volkswirtschaften, die ungewöhnlich offen sind, die stark abhängig sind von dem, was in Europa und im Rest der Welt passiert. Über die Entwicklung des Arbeitsmarktes haben wir in unseren beiden Ländern noch große Potentiale, uns weiter zu entwickeln. Auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand sind positiv zu bewerten.

Bildungskurier: Aber?

Fratzscher: Trotz dieser positiven Aspekte haben wir ungewöhnlich viele Risiken, die sowohl aus der Weltwirtschaft kommen als auch aus Europa.

Bildungskurier: Wie sehen diese Risiken aus?

Fratzscher: Ich bezeichne diese Risiken, die alle westlichen Länder betreffen, immer als die drei Ps: Populismus, Protektionismus und Paralyse. Populismus hat eine starke antieuropäische Perspektive. Zu häufig wird Europa nicht als die Lösung vieler Probleme gesehen, was es eigentlich

wirklich ist, sondern als Problem an sich. Auch mit zunehmendem Protektionismus schotten wir uns national ab, indem wir uns eben nicht auf Europa und auf den Rest der Welt zubewegen. Das betrifft den Handelsbereich, aber auch den Bereich Steuern, wo wir immer stärker in einen Steuerwettbewerb übergehen. Die Paralyse schließlich, also fehlende Reformen, verhindert, dass wir unsere Länder zukunftsfähig machen.

Bildungskurier: Was müssen wir also tun, um zukunftsfähig zu werden?

Fratzscher: Ich sehe die zunehmende soziale Polarisierung in praktisch allen europäischen Volkswirtschaften als eine große Herausforderung unserer Zeit. Wir haben in vielen Ländern einen großen und zunehmenden Niedriglohnsektor, eine schrumpfende Mittelschicht, große

„Ich sehe die zunehmende soziale Polarisierung in allen europäischen Volkswirtschaften als eine große Herausforderung unserer Zeit.“

Herausforderungen im Sozialsystem, wie die Zunahme von Altersarmut, große Lücken im Bereich der Gesundheit und Pflege und im Bereich Wohnen. Natürlich gibt es über die Länder hinweg Unterschiede und die Probleme sind unterschiedlich gewichtet. Es gilt vor allem daran zu arbeiten, dass die soziale Teilhabe für alle in unserer Gesellschaft sichergestellt wird. Unsere Volkswirtschaften müssen die enormen Potentiale



IM INTERVIEW

Marcel Fratzscher

leitet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und ist Professor an der Humboldt-Universität Berlin. Von 2001 bis 2012 war Fratzscher für die Europäische Zentralbank tätig, zuletzt als Leiter der Abteilung *International Policy Analysis*.

heben, die wir im Augenblick noch nicht haben, beispielsweise die Verbesserung der Erwerbstätigkeit von Frauen – egal

„Es gilt daran zu arbeiten, dass die soziale Teilhabe für alle in unserer Gesellschaft sichergestellt wird.“

ob es um das Ausmaß der Beschäftigung oder die Höhe des Einkommens geht. Wir müssen aber auch daran arbeiten, Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, die jetzt noch keine Arbeit gefunden haben.

Bildungskurier: All diese Herausforderungen zu beheben, heißt aber zu investieren. In den letzten Jahren konnte man nicht den Eindruck gewinnen, dass in Politik und Volkswirtschaft Investitionen in die Zukunft honoriert werden.

Fratzscher: Wir sollten hier ganz kritisch mit Tabus umgehen, wie beispielsweise die schwarze Null (Anmerkung: im österreichischen Diskurs „Schuldenbremse“), an der wir leider auch in Deutschland immer wieder festhalten und die wir über alles andere stellen. In diesen Zeiten, in denen es viele Herausforderungen gibt, um unsere Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsfest zu machen, brauchen wir eine Investitionsoffensive. Das geht von der Ver-

„Um unsere Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsfest zu machen, brauchen wir eine Investitionsoffensive.“

kehrs- und Digitalinfrastruktur, in der sowohl Deutschland als auch Österreich großen Aufholbedarf haben, über eine Modernisierung der Sozialsysteme, um Menschen zu befähigen, am wirtschaftlichen Erfolg teilzuhaben, bis hin zu einer klugen Investitionsoffensive im Bereich Innovation und Bildung. Deshalb ist es eine große Priorität, öffentliche Investitionen auszubauen. Das gilt für ganz Europa. Es braucht also mutige Wirtschaftspolitik, um in die Zukunft zu investieren und um letztlich die Potentiale zu heben und Europa zu stärken.

Gegen die soziale Polarisierung unserer Gesellschaft braucht es öffentliche Investitionen, um allen Menschen Teilhabe zu ermöglichen.

Der Erfinder der „Schuldenbremse“

Es war 1947 auf einem Schweizer Berg, als zehn Männer beschlossen, die Regelwerke des weltweiten Zusammenlebens grundlegend zu ändern: Die „Mont Pèlerin Society“ war geboren. Seit damals hat sich ein von Industriellen, Erben und Superreichen finanziertes Netzwerk an Denkfabriken, JournalistInnen und PolitikerInnen zusammengeschlossen, um die wirtschaftspolitische Ideologie des Neoliberalismus durchzusetzen – im Staat, in der Wirtschaft und in den Köpfen der Menschen. Der Erfinder der „Schuldenbremse“, James McGill Buchanan, war einer ihrer ehemaligen Präsidenten. Über Jahre hinweg wurde Buchanan vom US-Industriellen Charles G. Koch, dem 9.-reichsten Mann der Welt, finanziert. Zwischen Koch und Buchanan floss nicht nur Geld, es flossen auch Ideen. Regelmäßig trafen sie sich zum Austausch, um etwa zu besprechen, wie man demokratische Institutionen zurückdrängen könnte. Buchanan war kein großer Freund der Demokratie. Für ihn war der Despotismus eine mögliche, vielleicht bessere Alternative. In diesem Sinne war Buchanan überzeugt, dass man demokratisch gewählte PolitikerInnen in ihrem Handeln stark einschränken muss, etwa durch eine „Schuldenbremse“.

Wir haben Spielräume

Die bestehenden Budgetregeln erlauben dem österreichischen Gesamtstaat für das Jahr 2020 einen budgetpolitischen Stimulus von bis zu drei Milliarden Euro (0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung). Selbst bei vollständiger Ausschöpfung dieses Potenzials und zusätzlichen Investitionen für eine expansivere budgetpolitische Ausrichtung wäre die Stabilität der Staatsfinanzen nicht gefährdet. Wo und wie wir investieren könnten, analysiert der A&W Blog: www.awblog.at.



Braucht der Mensch die Arbeit?

Die Arbeitswelt verändert sich. Auch für die Zukunft ist klar: Die Zeiten ändern sich, aber die Diskussion um die Arbeit geht weiter.

GEORG HUBMANN

Laufend diskutieren wir verschiedene technologische Neuerungen und ihre Auswirkungen, Änderungen in der Einstellung der Menschen zur Arbeit, neue Trends in der Arbeitsorganisation und viele ähnliche Fragestellungen, die das Verhältnis des Menschen zur Arbeit mitbestimmen. Ein zentraler Punkt in dieser Auseinandersetzung ist, ob Arbeit auch in Zukunft einen großen Stellenwert in unserer Gesellschaft haben wird.

Warum arbeiten wir?

Klar ist jedenfalls, dass uns die Arbeit nicht ausgehen wird. Viele Tätigkeiten sind schlicht notwendig, damit unsere Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen funktioniert; sie sind nicht durch Maschinen ersetzbar. Aber auch wir als Menschen brauchen die Arbeit; zum einen, damit wir das Geld verdienen, das wir zum Leben brauchen. Zum anderen ist Arbeit der zentrale Schlüssel zur Teilhabe an der Gesell-

„Um ein Teil des Ganzen zu sein, um uns gebraucht zu fühlen, gehen wir arbeiten.“

schaft: Auch um ein Teil des Ganzen zu sein, um uns gebraucht zu fühlen, gehen wir arbeiten.

Warum braucht der Mensch die Arbeit?

Die Sozialforscherin Marie Jahoda hat wichtige Funktionen der Arbeit für das Wohlbefinden der Menschen herausgearbeitet. So gibt uns Arbeit eine Tagesstruktur, die die Unterscheidung zwischen Arbeit und Freizeit erst möglich macht. Arbeit gibt uns auch die Möglichkeit, Kontakte zu Menschen außerhalb

von Familie und Freundeskreis zu knüpfen und die Erfahrung zu machen, mit anderen gemeinsam etwas zu schaffen. Dazu kommt noch, dass uns die Arbeit eine Rolle und damit einen Stellenwert in der Gesellschaft gibt.

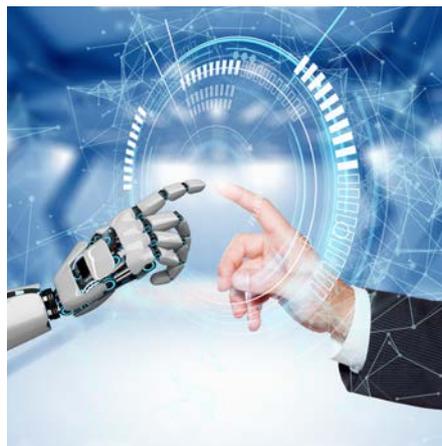
Aktuelle Studien bestätigen das und haben gezeigt, dass Sinnstiftung und so-

„Sinnstiftung und soziale Integration durch Arbeit sind nicht an die 40-Stunden-Woche gebunden.“

ziale Integration durch Arbeit nicht an die 40-Stunden-Woche gebunden sind. Acht Stunden pro Woche reichen dafür aus.

Worüber gilt es nachzudenken?

Das klassische Vollzeitverhältnis, mit der (typischerweise) der Mann die Familie ernähren konnte, ist heute für viele nicht mehr die Norm. Die immer stärkere Ausdifferenzierung in der Arbeitswelt bringt eine Vielzahl an unterschiedlichen Meinungen und neuen Bedürfnissen in die Diskussion ein. Manche unserer bestehenden Strukturen zur Absicherung und zum Schutz der Arbeit-



DER AUTOR:

Georg Hubmann ist Sozialwissenschaftler und leitet das Marie Jahoda – Otto Bauer-Institut. www.jbi.or.at



nehmerInnen sind heute bei den neuen Arbeitsformen nicht mehr treffsicher. Um auf diese Unterschiede zu reagieren, ist ein neuer Rahmen für die Arbeitswelt nötig, der nicht nur Schutz und Sicherheit bietet, sondern auch Eigenverantwortung und Flexibilität zulässt.

„Ein neuer Rahmen für die Arbeitswelt ist nötig.“

Die sozialen Bedürfnisse, die wir als Menschen an die Arbeit richten, sind eine gute Grundlage, um über die Zukunft der Arbeit nachzudenken. Wir müssen uns dabei fragen: Welche heute unbezahlten Tätigkeiten sind denn im eigentlichen Sinne Arbeit? Wie stellen wir als Gemeinschaft sicher, dass man davon auch leben kann? Und welche Regeln braucht es, damit Arbeit als sinnstiftend wahrgenommen wird? Diese Themen müssen wir diskutieren, wenn wir über die Zukunft der Arbeit nachdenken, und in diesem Sinne für ein Recht auf Arbeit eintreten.

Viele Tätigkeiten sind nicht durch Maschinen ersetzbar. Die Arbeit wird uns also auch in Zukunft nicht ausgehen.

Wenn die Krise dann vorbei ist...

Corona hat uns fest im Griff! Der Virus bestimmt das Leben jedes/jeder Einzelnen und das der ganzen Gesellschaft. Politik im üblichen Sinn findet nicht statt, und das hat seine Berechtigung. Die Frage ist aber, was kommt nach Corona!

BERND DOBESBERGER

Die Bewältigung der Pandemie erfordert drastische Maßnahmen, die aber mit deren Auslaufen und Überwindung wieder zurückgenommen werden müssen. Faktische Ausgangssperren, Versammlungsverbote oder das Hinausschieben von Wahlen sind nach Corona umgehend zu beenden. Die – ständig behauptete – Effizienz der schnellen Entscheidungen und der gesetzten Maßnahmen darf nicht zur Ausrede für den dauerhaften Abbau demokratischer Grundrechte herhalten. Und zur politischen Bewältigung von Corona muss dann auch gehören, dass Fehler und falsche Entscheidungen jetzt und, wenn nicht anders machbar, im Nachhinein untersucht und bei Bedarf sanktioniert werden.

Ein Sieger der Corona-Krise muss auf jeden Fall der leistungsstarke, demokratische Sozialstaat sein. Gut ausgestattete und allgemein zugängliche Gesundheitssysteme sind ein zentraler Faktor im Kampf gegen eine Seuche wie Corona. Das gilt aber auch für andere soziale Sicherungssysteme wie die gute Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Der leistungsstarke Staat muss jetzt auch seine Bereitschaft und Fähigkeit bei der Rettung von Unternehmen zeigen. Und es darf nach Corona nicht wieder geschehen, was nach der Finanzkrise von 2008/2009 passierte, dass die öffentliche Hand zuerst die Wirtschaft rettet und daraufhin als angeblich ‚störend und fehleranfällig‘ zur Seite geschoben wird. Der eingreifende und demokratische Sozialstaat muss auch nach Corona wichtiger Akteur bleiben.

Corona zeigt aktuell auch die Zerbrechlichkeit des geeinigten Europas,

überall werden Grenzen dichtgemacht und jeder Nationalstaat ist sein eigener Krisenbewältiger. Derzeit ist das wahrscheinlich anders nicht möglich, zeigt sich doch, dass eine gemeinsame Koordination oder gar eine gemeinsame Vorgangsweise in der Europäischen Union nicht vorhanden ist. Wenn die Europäischen Länder nicht dauerhaft auf den alten Nationalismus zurückfallen wollen – was das Ziel der politischen Rechten ist – dann ist eine Stärkung der EU nach der Pandemie auf vielfältigen Ebenen unabdingbar.

Die Globalisierung war immer eine Entwicklung gegen bornierte Kleinstaaterei und dumpfe Heimattümelei, aber sie war stets auch eine Entwicklung gegen soziale Errungenschaften und gegen Ökologie und Klimaschutz. Genauso zweiseitig müssen die daraus gezogenen Schlüsse sein: Nicht rassistische Schuldzuschreibungen in Richtung China dürfen die Folge von Corona sein, vielmehr gilt es, die profitgetriebene Globalisierung der Produktion und die daraus resultierenden Abhängigkeiten und Umweltprobleme zu überwinden.

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Oberösterreich.



Insgesamt muss man sagen, dass unsere Art zu wirtschaften und zu leben offensichtlich einen ständigen Balanceakt entlang unterschiedlicher Abgründe darstellt. Die große Finanzkrise, die Klimakatastrophe oder die Coronapandemie, stets drohte oder droht der große Absturz. Bisher konnte dies noch immer verhindert werden. Doch Garantie auf Dauer ist das keine! Ein guter Teil dieser Gefahren ist von Menschen verursacht und deshalb auch gesellschaftlich behebbar. Es ist höchst an der Zeit, gesellschaftliche Wege zu bauen, die mehr Solidarität, mehr Gleichheit, mehr Klima- und Umweltschutz und mehr gesellschaftliche Sicherheit garantieren!



Landesbildungsorganisation

Jahresabschlussfeier 2019

Im Jahr 2019 fand die Jahresabschlussfeier im stimmungsvollen Ambiente des Linzer „Central“ statt. Etwa 120 FunktionärInnen und Bildungsaktivist*innen aus ganz Oberösterreich kommen, um das politisch-kulturelle-kulinarische Programm zu genießen. Politische Begrüßungsworte kamen von Landesparteivorsitzender Birgit Gerstorfer, LGF Georg „Schorsch“ Brockmeyer, SLÖ Vorsitzenden Franz Turek und Landesbildungsvorsitzenden Bernd Dobesberger.

Dieses Mal begeisterte der Blonde Engel das Publikum mit seinen kabarettistisch-humervollen Beiträgen. Musikalisch brachte das Duo Ritva vorweihnachtliche Stimmung. Und beim



kulinarischen Angebot schließlich wurde von den Gästen reger Austausch und wertvolle Vernetzung betrieben.

Junge Generation in der SPÖ Oberösterreich

Punschgeflüster zum Jahresstart mit Alois Stöger

Die Junge Generation in der SPÖ Oberösterreich hat zum mittlerweile jährlich stattfindenden Neujahresempfang, dem „Punschgeflüster“ geladen – diesmal im Bezirk Urfahr-Umgebung, genauer in Ottensheim. Im Mittelpunkt standen die Vernetzung und der Austausch von jungen Aktivistinnen und Aktivisten, JGlerinnen und JGLern, sowie Gemeinderatsmitgliedern. Als besonderer Gast durfte der Verkehrssprecher im SPÖ Parlamentsklub und Bezirksparteivorsitzender Alois Stöger begrüßt werden.

Bei Punsch, Raclettebrot und Keksen wurden die aktuellen bundespolitischen Entwicklungen diskutiert – vor allem auch rund um das Thema des öffentlichen Verkehrs. Mit dem 1-2-3 Ticket, einer sozialdemokratischen Forderung aus dem Nationalratswahlkampf, müsste eine wichtige Maßnahme rasch umgesetzt werden – auch zur Entlastung von jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die eine Alternative zum eigenen Auto suchen. Das Ticket muss Hand in Hand gehen mit einem flächendeckenden Ausbau der Öffis, um eine echte Umstiegsmöglichkeit vom Individualverkehr bieten zu können. Gerade junge Menschen würden so durch mehr Teilhabemöglichkeiten profitieren und wären weniger auf das Taxi „Mama“ oder „Papa“ bzw. das eigene Auto oder



Moped angewiesen. Der Kinobesuch, das Konzert oder auch das Treffen mit Freundinnen und Freunden muss einfach und kostengünstig durch ein gutes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln garantiert werden.



BUCHTIPP

Jürgen Maaß (Hrsg.): „Attraktiver Mathematikunterricht“

Brauchen wir eine gute Fee, damit wir einen Mathematikunterricht haben, an den sich alle gern erinnern und in dem alle Menschen mit nachhaltigem Erfolg das Erlernen, was sie in Beruf und Alltag brauchen? Falls sie darüber hinaus etwas wissen wollen, was sie in der Schule nicht gelernt haben, sind sie durch diesen Mathematikunterricht motiviert und in der Lage, sich das Fehlende selbst anzueignen. Weshalb ist es so selten, dass die hier ganz kurz zusammengefassten allgemeinen Lehrziele für den Mathematikunterricht erreicht werden?

Wie ginge das? Im Buch wird es für Eltern gut verständlich an Beispielen erläutert.

SPÖ Frauen OÖ

Marie 2020/21 – Ratgeber für Frauen

„Die Servicebroschüre der SPÖ Frauen OÖ „Marie 2020/21“ ist ab sofort kostenlos erhältlich. Sie ist als Druckmedium und auch online verfügbar“, äußert sich die des. Landesfrauenvorsitzende Renate Heitz und freut sich, dass diese Frauenratgeberin vielen Oberösterreicherinnen als wichtiges Nachschlagewerk dient.

Die „Marie 2020/21“ ist eine übersichtliche, nach Stichworten alphabetisch geordnete Broschüre für Frauen. Sie beinhaltet wertvollen Informationen, etwa wie Rechtsansprüche in verschiedenen Lebenssituationen, finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten und Zuständigkeiten. Sämtliche Anlaufstellen und frauenspezifischen Beratungseinrichtungen aus ganz Oberösterreich sind einerseits kompakt sowie bezirkweise angeführt.

Die SPÖ Frauen OÖ verteilen die „Marie“ kostenlos im ganzen Bundesland an Frauen- und Sozialeinrichtungen aber auch direkt an Frauen. Sie ist im Landesfrauenbüro unter 05-77261127, monika.rainer@spoe.at, sowie in allen oö. SP-Bezirksgeschäftsstellen erhältlich.

Online: <https://frauen.spooe.at/2020/01/27/marie-20-21/>



„...einige meiner Arbeiten sind sicher ganz gut.“

Marie Jahoda (1907–2001), in Wien geborene Sozialforscherin, wurde vor allem als Koautorin der Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ bekannt. Nach ihrer Ausbürgerung aus Österreich im Jahr 1937 wirkte sie in New York, London und Sussex. Ihr spezifischer Forschungsstil und ihr Konzept einer lebensnahen Sozialforschung sind gerade heute wieder hochaktuell und richtungweisend.

Arbeitslose bei der Arbeit

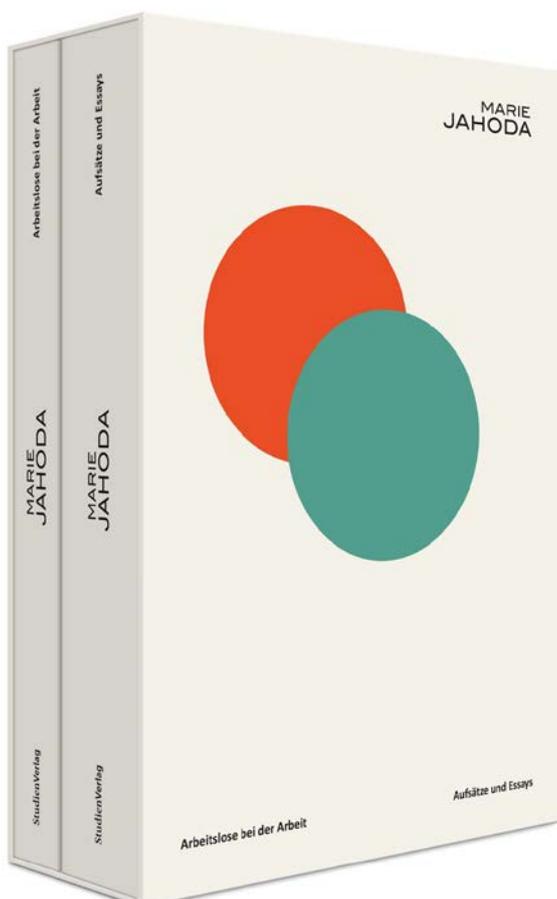
Im englischen Exil schrieb Marie Jahoda 1938 diese ethnografische Studie über ein Selbsthilfeprojekt für arbeitslose Bergarbeiter in Wales.

Aufsätze und Essays

In den Texten von Marie Jahoda geht es um die sozialen Bedingungen von Nonkonformität und Unabhängigkeit, das Problem des Nationalismus in einer globalisierten Welt, die Entstehung von Vorurteilen und Antisemitismus sowie Thesen zur sozialpsychologischen Bedeutung von Arbeit.

Die Bücher der Jahoda Edition zeigen eindrucksvoll für wieviele aktuelle politische und gesellschaftliche Fragen die Texte von Marie Jahoda Inspiration liefern.

Mehr dazu: www.mariejahoda.at



VON BERND DOBESBERGER



Adelheid Popp:
„Jugend einer Arbeiterin“
 Wien 2019

Ein Bestseller der sozialdemokratischen Literatur. Nun in einer neuen Ausgabe veröffentlicht, die es ermöglicht, die Lebensbedingungen proletarischer Unterschichten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts am Rande von Wien kennenzulernen.



Margit Reiter:
„Die Ehemaligen“
 Göttingen 2019

Noch vor dem FPÖ-Historikerbericht erschien im vergangenen Jahr das grundlegende Buch der österreichischen Zeitgeschichtlerin Margit Reiter zur Vor- bzw. Gründungsgeschichte der Freiheitlichen Partei. Und sie zeigt darin eindeutig, dass ehemalige Nazis – die auch nach der Niederlage Nazi-Deutschlands kaum ihre politische Einstellung geändert haben – die Entstehungsphase der Freiheitlichen bestimmten und über Jahrzehnte dominierten.



Robert Misik:
„Die falschen Freunde der einfachen Leute“
 Berlin 2019

Misik versucht in seinem kleinen Buch zu klären, wer denn der vielbeschworene „Kleine Mann“ wirklich ist. Und wie Politik für und mit diesen „einfachen Leuten“ gemacht werden kann.

Renner Institut OÖ

**Nachwuchsakademie
 startet im Juni 2020**



Bei der „Nachwuchsakademie“ handelt es sich um einen Lehrgang für junge, politisch denkende Menschen, die als zukünftige GestalterInnen der SPÖ auf kommunaler sowie Landesebene wirkmächtig werden wollen. Nicht das Weitermachen wie bisher, sondern andere Wege zu beschreiten, Neues auszuprobieren und Freude an der politischen Arbeit zu gewinnen sind Ziele des Lehrgangs.

Weitere Informationen und das Anmeldeformular sind auf unserer Website zu finden: <https://renner-institut.spooe.at/unser-angebot/nachwuchsakademie/>

Module:

- Modul 1 „Vom ICH zum WIR zur VISION“** von 26. bis 28. Juni 2020
- Modul 2 „Wofür wir stehen. Wohin wir wollen.“** von 18. bis 20. September 2020
- Modul 3 „Rhetorik, Präsentationstechniken, Moderation“** von 23. bis 25. Oktober 2020
- Modul 4 „Tu' Gutes und red d'rüber - Öffentlichkeitsarbeit, Aktionismus und Social Media“** von 27. bis 29. November 2020
- Modul 5 „Organizing“** von 5. bis 7. Februar 2021